

Sie entscheiden mit Ihrem Stimmzettel

Am 7. Juni 2009

sind auch wir in Österreich aufgerufen, unsere Abgeordneten zum Europäischen Parlament zu wählen. Europaweit können 375 Millionen Menschen 736 Abgeordnete wählen. Das Europäische Parlament ist das einzige direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählte Organ der EU. Seine Abgeordneten aus 27 Nationen vertreten rund 500 Millionen Menschen. Erstmals dürfen in Österreich, das einzige EU-Mitgliedsland mit dieser Möglichkeit, auch Wählerinnen und Wähler ab 16 Jahren ihre Stimme abgeben.

Das Europäische Parlament

ist das größte multinationale Parlament der Welt, es wird seit 1979 alle fünf Jahre neu gewählt. Es ist die siebente Wahl zum Europäischen Parlament. Österreich nahm daran erstmals 1996 teil.

Seit der ersten Direktwahl

im Jahr 1979 hat das Europäische Parlament seine Kompetenzen schrittweise ausgebaut. Heute ist das Parlament für den Haushalt der EU zuständig und gemeinsam mit dem Ministerrat an der europäischen Gesetzgebung maßgeblich beteiligt.

Das Europäische Parlament ist das demokratische Kontrollorgan der Gemeinschaft.

Das Europäische Parlament

stimmt der Wahl des Präsidenten beziehungsweise der Präsidentin der Kommission durch den Rat zu oder lehnt diese ab. Gleiches gilt für das Kollegium der Kommission. Es kann auch einen Misstrauensantrag gegen die Kommission stellen und sie somit zum Rücktritt zwingen.

Mit seiner Teilnahme

an den Wahlen zum Europäischen Parlament entscheidet jeder Bürger mit, wer in den kommenden Jahren wichtige Entscheidungen über unsere Zukunft und den Lebensalltag von fast 500 Millionen Europäern maßgeblich beeinflusst. Wie in allen demokratischen Parlamenten gilt: Die getroffenen Entscheidungen, egal ob sie auf einem Kompromiss oder einer Mehrheitsentscheidung basieren, sind nicht wertfrei oder politisch neutral, Entscheidungen reflektieren die politischen Vorstellungen einer Mehrheit von Abgeordneten.



Wer sich nicht an der Wahl beteiligt,
lässt andere entscheiden, wer die Bürgerinnen und Bürger vertritt.

Zukunft Europas

Wer sich an der Europawahl beteiligt, bestimmt mit, in welche Richtung sich Europa in Zukunft entwickelt. Wählen Sie mit und stimmen Sie für ein Europa, das Ihren Vorstellungen entspricht. In den kommenden fünf Jahren gestalten die im Juni 2009 gewählten Europa-Abgeordneten die Zukunft Europas.

■ Erfolgsgeschichte



Der Rückblick auf die zurückliegenden mehr als fünfzig Jahre seit dem Zweiten Weltkrieg zeigt die Tragweite der seither eingetretenen Veränderungen auf: Wer hätte sich 1945 in den Trümmern der europäischen Geschichte wirklich vorstellen können, dass im Juni 2009 das Europäische Parlament in nunmehr 27 EU-Mitgliedstaaten bereits zum 7. Mal direkt gewählt werden würde?

Wer hätte nach 1945 gedacht, dass sich die Bürgerinnen und Bürger heute im sogenannten „Schengen-Raum“ ohne Grenzkontrollen frei bewegen können? Kaum vorstellbar war es auch, dass heute in 16 europäischen Staaten mit einer gemeinsamen Währung, dem Euro, bezahlt wird.

Wer hätte noch vor wenigen Jahren zu hoffen gewagt, dass am 1. Mai 2004 die historische Erweiterung der Europäischen Union nach Osten gefeiert wurde? Zunächst sind zehn mittel- und südeuropäische Staaten beigetreten, am 1.1.2007 folgten Bulgarien und Rumänien. Damit gehören der EU heute 27 Staaten aus ganz Europa an.

All dies zeigt, die europäische Einigung ist trotz aller Schwierigkeiten im Alltag und trotz vieler Rückschläge im Entwicklungsprozess eine Erfolgsgeschichte ohne Beispiel. Doch müssen die Bürgerinnen und Bürger von den Vorteilen des europäischen Zusammenwachsens immer wieder überzeugt werden, um sie auf dem Weg zum vereinten Europa mitzunehmen. Viele gute Gründe sprechen für die Fortsetzung des europäischen Einigungsweges:

Die EU ist seit ihrer Gründung eine Friedensgemeinschaft. Kriege zwischen den Mitgliedstaaten sind heute undenkbar. Wie wichtig

das ist, haben die kriegerischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre in Südosteuropa, im Irak und in Afghanistan deutlich gezeigt. Die EU ist - zweitens - eine gut funktionierende Wirtschaftsgemeinschaft. Der gemeinsame Markt hat zum wirtschaftlichen Wohlstand der EU-Bürgerinnen und Bürger wesentlich beigetragen. Der Euro, der in 16 der EU-Mitgliedstaaten gilt, hat sich gerade in der aktuellen Wirtschaftskrise bewährt. Drittens ist die EU eine Wertegemeinschaft und eine Rechtsgemeinschaft. Alle Mitglieder müssen die Menschenrechte achten und die demokratischen Spielregeln einhalten. Seit 1979 wird das Europäische Parlament direkt gewählt. Der Europäische Gerichtshof in Luxemburg sorgt für die Einhaltung des europäischen Rechts.

Schließlich ist - viertens - darauf hinzuweisen, dass die EU zur Völkerfreundschaft und zur guten Nachbarschaft beiträgt. Die Grenzen zwischen den beteiligten Staaten stellen heute für die Menschen in der Praxis kein Hindernis mehr dar. Das Handeln der EU hat positive Auswirkungen auf die Mobilität. Durch zahlreiche Programme fördert Brüssel den Austausch vor allem von Studenten und jungen Arbeitnehmern.

Diese gewichtigen Vorteile der europäischen Einigung müssen den Bürgerinnen und Bürgern in der EU - und vor allem auch den jüngeren Menschen - nahe gebracht werden, dann werden sie sich auch künftig für das geeinte Europa einsetzen. Das zweite Referendum in Irland über den Vertrag von Lissabon - voraussichtlich im Oktober dieses Jahres - wird zeigen, ob dies in einer für die weitere Entwicklung der EU besonders wichtigen Situation gelingt.

Dr. Otto Schmuck, Leiter der Europaabteilung des Landes Rheinland-Pfalz, Berlin

■ Wirtschaft und ethische Werte



Die Präsidenten von EU-Kommission und Europäischem Parlament haben gemeinsam mit hochrangigen europäischen Glaubensführern über den ethischen Beitrag zur Wirtschaftspolitik diskutiert. EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso betonte: „Da die Wirtschafts- und Finanzkrise anhält, wird es immer deutlicher, dass der Moment gekommen ist, die Wirtschaftspolitik auf unsere grundlegenden ethischen Werte abzustimmen, auf die sich das europäische Einigungswerk seit mehr als 50 Jahren stützt. Die Kommission hat in dieser Hinsicht wichtige Initiativen ergriffen, vor allem zur Regulierung der Finanzmärkte, um das Gefühl für Verantwortung und Nachhaltigkeit in unseren Volkswirtschaften zu stärken.“ Auf Einladung von EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso kamen rund 20 europäische Vertreter von Christentum, Judentum und Islam zu einer Diskussionsrunde zusammen. Das auf Initiative von EU-Kommissionspräsident Barroso 2005 ins Leben gerufene jährliche Treffen zwischen den geistlichen Würdenträgern und den Präsidenten der EU-Organen fand zum fünften Mal statt. Im Zentrum der diesjährigen Gespräche stand das Thema: „Wirtschafts- und Finanzkrise: ethische Beiträge für eine europäische und weltweite Wirtschaftspolitik“. Schirmherren des Treffens waren EU-Kommissionspräsident Barroso und der Präsident des Europäischen Parlaments Hans-Gert Pöttering.

■ Handy-Gebühren sinken ab 1. Juli



Das Europäische Parlament hat der zwischen Ministerrat und Kommission erzielten Einigung über die Regulierung der Handy-Tarife zugestimmt. Damit gelten ab 1. Juli 2009 deutlich günstigere Tarife für Auslandsgespräche, SMS-Nachrichten aus dem Ausland, im Ausland angenommene Gespräche (Roaming) und die Internet-Nutzung über Handy (Daten-Roaming). Roaming-Gebühren müssen in Zukunft ab der 31. Sekunde sekundengenau abgerechnet werden.

Außerdem können sich Kunden vor bösen Überraschungen schützen, indem sie eine Obergrenze von 50 Euro angeben, ab der die Dienste unterbrochen werden. Bislang mussten beispielsweise für SMS-Botschaften aus dem Ausland im Schnitt 28 Cent bezahlt werden. Dennoch sind solche SMS beliebt: Die EU-Bürger haben allein im vergangenen Jahr 2,5 Milliarden SMS-Textnachrichten im Wert von 800 Millionen Euro verschickt. „Nach diesem Votum ist Europa zweifellos der attraktivste Kontinent für Mobilfunknutzer“, sagte EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso.

Steiermärkische
SPARKASSE 

■ Deine Entscheidung



Am 7. Juni 2009 sind rund 375 Millionen EU-Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, ihre Abgeordneten zum Europäischen Parlament zu wählen. Die Bevölkerung der Europäischen Union entscheidet dabei über die Zukunft und Ausrichtung der Europäischen Union für die nächsten 5 Jahre. Ihre Stimme ist gefragt!

Es handelt sich dabei um ein herausragendes demokratisches Ereignis. Etwa 375 Millionen wahlberechtigte EU-BürgerInnen von Finnland bis Malta und von Portugal bis Rumänien wählen im gleichen Zeitraum in allen 27 EU-Mitgliedsstaaten ihre Abgeordneten für das Europäische Parlament. Schon allein die Dimension der Europawahl 2009 ist einzigartig. Es ist dies die größte länderübergreifende Wahl in der Geschichte. Nirgends auf der Welt nehmen mehr Menschen gleichzeitig an einer demokratischen Wahl teil.

Warum ist dies von so großer Bedeutung? Jede(r) wahlberechtigte BürgerIn kann mit seinem Wahlzettel beeinflussen, wohin die Reise der EU in den nächsten 5 Jahren gehen soll. Als einziges direkt gewähltes Organ der EU vertritt das Europäische Parlament die Interessen der BürgerInnen Europas, die für den Alltag der BürgerInnen von Bedeutung sind.

Die Stimme des Bürgers in der EU

Die Befugnisse des Europäischen Parlaments wurden über die Jahre kontinuierlich ausgeweitet. Heute ist es gemeinsam mit dem Ministerrat europäischer Gesetzgeber und entscheidet bei der Mehrzahl der europäischen Gesetze auf gleicher Augenhöhe mit den Regierungen. Und mit dem Vertrag von Lissabon wird das Europaparlament als Stimme der Bürger noch weiter gestärkt werden, sodass es in Zukunft in nahezu allen Bereichen mit dem Europäischen Rat gleichberechtigt mitentscheiden wird.

Entscheidungen, die den Alltag der BürgerInnen direkt beeinflussen, sei es in Fragen der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit, dem Verbraucherschutz oder der Umwelt- und Klimapolitik oder auch hinsichtlich des Themas Freiheit und Sicherheit. Fragen der inneren Sicherheit haben in den vergangenen Jahren im Übrigen stets an Bedeutung gewonnen und in der letzten Legislaturperiode im Hinblick auf die zahlreichen Terroranschläge und damit

einhergehenden Verhaftungen die Europaabgeordneten sehr beschäftigt.

Beispiel

Beim Kampf gegen den Terrorismus steht viel auf dem Spiel: Leben und Sicherheit einerseits, aber oft auch die Frage, wie wir wichtige Rechte und Grundsätze verteidigen, ohne den Terroristen in die Hände zu spielen. Andererseits setzen sich die Europaparlamentarier dafür ein, durch die neuen strafrechtlichen Bestimmungen nicht den Grundrechtschutz und die Grundrechte zu schmälern - wie das Recht auf Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, die Pressefreiheit und die Achtung der Privatsphäre. Es macht beispielsweise auch einen Unterschied, was wer in Sachen Klimawandel, Globalisierung, wirtschaftlicher Stabilität, Lebensmittel und Wasser, Spielzeug für Kinder, Fahrzeugsicherheit, Zuwanderung, Sozialschutz, oder zum Schutze vor Terrorgefahr entscheidet.

Neugierig geworden?

Mehr Informationen finden Sie zu diesem und anderen Beispielen unter www.europarl.at und www.wahlen2009.eu.

Wer nicht entscheidet, der lässt andere für sich entscheiden! Bei der Europawahl geht es also darum, sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen und darüber zu entscheiden, wer Sie in Straßburg in den nächsten Jahren vertreten soll - im Einklang mit Ihren Vorstellungen und Ihren Interessen.

Daher ist es wichtig, wählen zu gehen! Nützen Sie also Ihre Stimme - bei der Europawahl am 7. Juni. Es lohnt sich!

Wolfgang Hiller,

Leiter des Informationsbüros des Europäischen Parlaments für Österreich



8820 Neumarkt, Freimostr. 1
T 03584/2134, F DW 4
www.griedl.at info@griedl.at

Marktgemeinde Neumarkt
Versorgungsbetriebsges.m.b.H
Freimoosstraße 24
8820 Neumarkt
Tel. 03584/2255
Fax 03584/2255-13
e-mail: office@ew-nrmt.at



Elektrizitätsversorgung
Freileitungsbau
Elektroinstallationen
Elektrogerätehandel
Sat-TV-Video

ATU-29450803
DVR-0996122
FN 81101t - Landesgericht Leoben



Filiale
Hauptplatz 4 / Bürgergasse 19
A - 8330 Feldbach
Tel.: 05 05 05-29530

Im Hinblick auf die nächste Europawahl luden wir alle Spitzenkandidaten der im österreichischen Parlament vertretenen Parteien ein, in unserer Zeitung „Europastimme“ zu grundsätzlichen Zukunftsfragen Europas und zur Rolle Österreichs Stellung zu beziehen, um damit den österreichischen Wählerinnen und Wählern ihre Entscheidung am 7. Juni 2009 zu erleichtern. Die Antworten erfolgen in alphabetischer Reihenfolge. Von den Grünen und dem BZÖ haben wir keine Stellungnahmen erhalten.

EFB/BEJ-JEF: Die historische Errungenschaft der europäischen Einigung besteht darin, nationalstaatliche Souveränität auf gemeinsame europäische Institutionen zu übertragen, um Lösungen für Probleme zu finden, zu denen die Nationalstaaten nicht mehr imstande sind.

Halten Sie diesen Souveränitätstransfer an die EU-Ebene weiter für grundsätzlich gerechtfertigt? Und sind Sie bereit, bei neuen großen Herausforderungen (globale Wirtschafts- und Finanzkrise, Energie, Sicherheit, Migration ...) weiteren Kompetenzübertragungen an die EU zuzustimmen? Wenn ja, in welchen?



Andreas Mölzer, Mitglied des Europäischen Parlaments, FPÖ

Im Herbst werden die Iren ein zweites Mal über den Vertrag von Lissabon abstimmen. Auch wenn Umfragen derzeit eine Zustimmung signalisieren, so scheint ein abermaliges Scheitern nicht ausgeschlossen. Eine Tragödie oder gar eine Katastrophe, wie das

EU-Polit-Establishment vorgibt, wäre ein zweites Nein der Iren zum Vertrag von Lissabon jedoch nicht. Ganz im Gegenteil, es wäre eine große Chance für Europa, und zwar für ein anderes Europa, das Auswege aus den unzähligen Irrwegen der heutigen Europäischen Union findet.



Dr. Hannes Swoboda, Mitglied des Europäischen Parlaments, SPÖ

Ich halte eine rasche Umsetzung des Reform-Vertrages von Lissabon für dringend notwendig, um die Europäische Union noch handlungsfähiger und stärker zu machen. Gerade angesichts der letzten Erweiterungsschritte müssen wir darauf achten, unsere

Kapazitäten effizienter zu nützen, Erreichtes zu konsolidieren und die neuen Anforderungen, mit denen die 27 Mitglieder konfrontiert sind, gemeinsam zu bewältigen. Die derzeitige Wirtschaftskrise zeigt uns deutlich, wie wichtig ein koordiniertes Vorgehen und das Sprechen mit einer gemeinsamen Stimme sind. Der Souverän ist in jedem demokratischen System noch immer das Volk, daher muss parallel zu einer Stärkung der Union auch das Mitspracherecht des Europäischen Parlaments gestärkt werden. Auch das haben wir im Lissabon-Vertrag festgeschrieben. Aber es gibt auch Bereiche, wo man die EU stärker als bisher die nationalen und regionalen Eigenheiten berücksichtigen und respektieren soll.



BM a.D. Dr. Strasser, Spitzenkandidat der ÖVP

Der prinzipielle Souveränitätstransfer an gemeinsame europäische Institutionen ist grundsätzlich gerechtfertigt, sonst müsste man ja die Idee der Europäischen Integration gänzlich hinterfragen. Bevor man aber

über weitere Kompetenzübertragungen an die EU spekuliert, sollte das Hauptaugenmerk auf die Ratifikation des Vertrags von Lissabon gerichtet werden. Der Reformvertrag stärkt die Subsidiarität und ordnet die Kompetenzverteilung zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten durch die Definition von unterschiedlichen Arten der Zuständigkeit (ausschließliche, geteilte, koordinierende, ergänzende und unterstützende Zuständigkeit). Diese Kompetenzzuweisungen müssen erst einmal in der Praxis Anwendung finden, um deren Effizienz in einem weiteren Schritt evaluieren zu können.

EFB/BEJ-JEF: Die EU, die mehr ist als eine internationale Organisation aber weniger als ein „Staat“, sieht sich verstärkt dem Vorwurf eines Demokratie-Defizits ausgesetzt.

Wie stehen Sie grundsätzlich zur Weiterentwicklung der EU zu einem europäischen Bundesstaat (auf Grundlage strikter Subsidiarität, einer klar definierten Gewaltenteilung und parlamentarischer Demokratie)? Was halten Sie von gesamteuropäischen Referenden über künftige EU-Verträge bzw. über eine Europäische Verfassung?

Mölzer: Der Vertrag von Lissabon, der von Euphorikern als Allheilmittel für die zweifelsohne bestehenden Probleme Europas dargestellt wird, ist nicht in der Lage, diese tatsächlich zu lösen. Vielmehr ist er eine Fortsetzung bestehender Fehlentwicklungen und schafft einen zentralistischen europäischen Bundesstaat, der aus freiheitlicher Sicht abzulehnen ist. Einmal in Kraft, bedeutete der Vertrag von Lissabon das unwiderrufliche Ende der Souveränität der europäischen Nationalstaaten und das Ende der Freiheit der historisch gewachsenen Völker Europas. Die Kompetenzen Brüssels würden gestärkt, und im Gegenzug bliebe die Demokratie weiterhin schwach. Zudem ist unklar, wie Demokratie in einem europäischen Bundesstaat funktionieren soll, weil ein „europäisches Volk“ fehlt. Und was das Argument betrifft, ohne den Lissabon-Vertrag könnten keine neuen Mitglieder wie etwa Kroatien in die EU aufgenommen werden, so ist darauf zu verweisen, dass der geltende Vertrag von Nizza entsprechend adaptiert werden kann.

Swoboda: Die Europäische Union als Bundesstaat nach dem Vorbild der USA umzuformen, halte ich nicht für sinnvoll und auch nicht für notwendig. Wichtig ist, die Europäische Union so zu gestalten, dass sie den Anforderungen und Bedürfnissen ihrer Mitglieder gerecht werden kann. Um das Mitspracherecht der europäischen Bevölkerung zu stärken, soll es durchaus auch nationale Volksbegehren oder Volksabstimmungen geben. Die Durchführung eines gesamteuropäischen Referendums wäre prinzipiell durchaus zu überlegen, leider kennen aber viele Länder das Instrument eines Referendums nicht und daher liegt diese Idee in weiter Ferne. Das Projekt einer europäischen Verfassung ist leider gescheitert – umso wichtiger wäre es, dass der Vertrag von Lissabon bald in Kraft treten kann. In der nächsten Zeit allerdings stehen die konkreten wirtschaftlichen und sozialen Probleme, die es zu lösen gilt, im Vordergrund.

Strasser: Die EU ist in ihrer historischen Entwicklung einzigartig. Die friedliche Integration und die freiwillige Abgabe von Kompetenzen der Mitgliedsstaaten an übergeordnete Institutionen ist auch Vorbild für andere Weltregionen. Ob die EU jemals ein europäischer Bundesstaat sein wird, kann man im Moment nicht vorhersagen. Allerdings bin ich gegen eine Entwicklung in diese Richtung ohne die Einbindung der Bürger. Über eine Europäische Verfassung sollten die EU-Bürgerinnen und Bürger im Rahmen eines gesamteuropäischen Referendums – in jedem Mitgliedsland am selben Tag – abstimmen können.

EFB/BEJ-JEF: Die EU befindet sich angesichts der Ungewissheit im Hinblick auf das weitere Schicksal des Lissabonner Vertrags in einer schwierigen Lage:

Welchen konkreten Ausweg sehen Sie, sollte der Lissabon-Vertrag endgültig scheitern? Ist ohne Lissabon-Vertrag eine weitere Erweiterung der EU möglich? Oder ist es denkbar oder gar notwendig, dass sich als letzter Ausweg eine Koalition „williger Staaten“ zusammenschließt und einen Integrationskern bildet? Sollte Österreich Teil eines solchen Kerneuropas sein?

Mölzer: Aus Sicht der Freiheitlichen ist es aus Liebe zu Europa notwendig, die Europäische Union an Haupt und Gliedern zu reformieren. Dazu bedarf es einen Grundlagenvertrag für einen Verbund freier europäischer Staaten, somit eine Mitgliedschaft der Türkei ausgeschlossen ist. Dieser Staatenverbund hat im Inneren seinen Mitgliedern die größtmögliche Souveränität zu gewähren, und nach außen hin stark und geeint aufzutreten, damit Europa seine Interessen gegenüber anderen Weltmächten wie den USA und China vertreten kann.

Darüber hinaus kann es weitere Bereiche der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern geben, etwa in den Bereichen Energie oder Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise oder der Bekämpfung der Massenzuwanderung aus außereuropäischen Gebieten. Allerdings ist zu hinterfragen, ob dazu Kompetenzen abgegeben werden müssen und so die Zentralbürokratie gestärkt wird oder ob diese Herausforderungen nicht durch zwischenstaatliche Zusammenarbeit genauso gelöst werden können. Und natürlich darf es keinen Zwang zur Integration geben: Staaten die enger zusammenarbeiten wollen, sollen das tun, etwa durch Gründung eines „Kerneuropa“. Für Österreich scheint eine Teilnahme an Kerneuropa sinnvoll, sofern es sich um ein Kerneuropa der Nettozahler handelt, also damit ein gesteigerter politischer Einfluss einhergeht.

Swoboda: Ein Scheitern von Lissabon hielte ich für einen großen Rückschlag auf dem Weg zur europäischen Integration. Das jüngste Votum des tschechischen Senats hat aber Mut gemacht und gezeigt, dass sich eine pro-europäische Linie auch in einem Land durchsetzen kann, an dessen Spitze ein überzeugter Anti-Europäer steht, nämlich Präsident Vaclav Klaus. Mit oder ohne Lissabon: Die Erweiterung erfolgt derzeit ohnedies in langsamen Schritten. Die Beitrittsprozesse müssen mit dem notwendigen Augenmaß und unter Berücksichtigung der derzeitigen Kapazitäten der Union geführt werden. Wir müssen vor allem der EU jene Dimension geben, die das Vertrauen in die Bevölkerung in die Union stärkt.

Strasser: Das vorrangige Ziel muss sein, dass der Vertrag von Lissabon breite Zustimmung erhält. Sollte die Ratifikation des

Reformvertrags scheitern, so sind wir gezwungen, mit dem geltenden Vertrag von Nizza weiterzuarbeiten. Die Konsequenz wäre, dass wichtige Verbesserungen, die die EU insgesamt handlungsfähiger, demokratischer, bürgernäher und wettbewerbsfähiger machen, nicht in Kraft treten würden.

EFB/BEJ-JEF: *Welche sind die drei wichtigsten politischen Anliegen, für die Sie sich auf EU-Ebene einsetzen werden?*

Mölzer: Gegen die Irrwege der EU zu kämpfen, wird daher auch in der kommenden Wahlperiode des Europäischen Parlaments im Mittelpunkt meiner Tätigkeit stehen. Dazu zählt neben der Ablehnung des Vertrags von Lissabon der Kampf gegen den drohenden EU-Beitritt der Türkei. Und damit sich die Völker Europas weiterentwickeln können, müssen endlich wirkungsvolle Maßnahmen gegen die Massenzuwanderung aus der Dritten Welt getroffen werden.

Swoboda: **Oberste Priorität hat zunächst, mit unseren Partnern in Europa gemeinsam die Wirtschaftskrise zu bekämpfen und Arbeitsplätze, insbesondere für die Jugend, zu sichern. Außerdem brauchen wir eine ökologisch nachhaltige Energiepolitik, mit der wir die Versorgungssicherheit sicherstellen und „grüne“ Arbeitsplätze schaffen. Nicht zuletzt, die öffentliche Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten und Privatisierungen in Bereichen wie Gesundheit, Bildung, etc. zu stoppen. Zusammenfassend: Die Interessen der Menschen vor die Interessen des Binnenmarktes zu stellen.**

Strasser: Mir geht es vor allem darum, Österreich in Europa zu stärken. Dazu gehört, Europa als Jobmotor für Österreich zu nutzen. Das Meistern der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise ist nur gemeinsam möglich. Europa dient uns in dieser Situation als Schutzschild. Wir möchten trotz der angespannten Lage den Wirtschaftsstandort Österreich stärken und neue Arbeitsplätze schaffen. Das führt mich direkt zum zweiten großen Anliegen: dem Ausbau von Alternativenergien zur Reduktion der Abhängigkeit Österreichs von ausländischer fossiler Energie. Auf diese Weise können wir österreichisches Know-how im Bereich Biomasse, Wasserkraft, etc. weiterentwickeln und exportieren, was uns neue Arbeitsplätze bringt. Gleichzeitig reduzieren wir die Treibhausgasemissionen und tragen somit zur Erreichung der Ziele zum Klimaschutz bei.

Drittens legen wir Wert auf die Ressourcensicherung, d.h. wir wollen die Gewährleistung der Sicherheit für unsere Lebensmittel, unser Wasser, unsere Landschaft. Deshalb werden wir uns auch weiterhin vehement für das Anbauverbot von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) wie z.B. Genmais einsetzen, denn wir wollen nicht von einigen wenigen Saatgutherstellern abhängig sein. Die Entscheidung, welches Saatgut unsere Bauern verwenden wollen, soll in österreichischer Hand bleiben.



■ Bruxelles goes to Bad Radkersburg



Auf Einladung der Geschichte-Professorin Mag. Sajer Irene, besuchte am 12. Mai 2009 Herr Ramin Farinpour im Rahmen seiner Tätigkeit bei der Europäischen Kommission die Klassen 7b und c im BORG Bad Radkersburg und berichtete in einem interessanten Vortrag über den Aufbau der EU und auch über sein Arbeitsfeld im TAIEX-Programm der Kommission. Besonders hob der Referent die speziellen Jugendprogramme der EU wie Erasmus, Da Vinci und Comenius hervor. Motivierend waren auch seine Worte zur bevorstehenden Europawahl bzw. seine persönlichen Erfahrungen dazu. Brennende Fragen der Schüler zu Themen wie Verdienstmöglichkeiten in den EU-Institutionen, Kriminalität innerhalb Europas, der Lissabon-Vertrag und seine Möglichkeiten etc., wurden geduldig von unserem Referenten beantwortet.

Aus dem Bericht der 7C Klasse, BORG Bad Radkersburg

An dieser Stelle möchten wir 2 Reden von Schülerinnen der 7b des BORG Bad Radkersburg zum Thema Europawahlen in gekürzter Form veröffentlichen, welche sie im Rahmen des Deutschunterrichtes (Prof. Irene Sajer) erarbeitet haben.

Liebe EU-Jungwählerinnen und -Jungwähler,

am 7. Juni 2009 wird nach 5 Jahren für die Zukunft von über 500 Millionen Europäern und Europäerinnen gewählt. Nur diejenigen, die an den Europawahlen teilnehmen werden, können auf ein besseres Leben, auf eine bessere Zukunft mit besseren Möglichkeiten hoffen ...

Alle ÖsterreicherInnen haben die einmalige Chance, schon mit 16 Jahren an den Europawahlen teilzunehmen, die anderen JungwählerInnen werden bis 18 warten müssen.

Vor allem ihr, liebe Jungwählerinnen, solltet unbedingt mitmachen. Es gibt so viele Organisationen, die sich für die Gleichheit der Frauen im Europäischen Parlament einsetzen. Habt ihr gewusst, dass 52 % der Bevölkerung in Europa Frauen sind? Und dass trotzdem nur 1/3 der Frauen im EU-Parlament sind? Jammern alleine wird uns nicht weiterbringen... Wir können und werden, wir sollen und müssen, wählen gehen!

Noch vor wenigen Jahrzehnten haben unsere Vorfahren nur träumen können, dass sie eines Tages an Europawahlen ihre Stimme abgeben werden. Denkt nur an eure Großeltern! Habt ihr schon vergessen, wie viel sie durchmachen mussten? Sie haben gekämpft, gelitten, geschwitzt und geweint für freie Wahlen... und sie haben es geschafft.

Ihr könnt aber schon jetzt, mit 16, mitreden und mitentscheiden. Worauf wartet ihr dann noch?! Wollen wir wirklich auf unsere Meinung verzichten? Wir können mitentscheiden, welchen Kurs die EU nimmt. Setzen wir die gleichen Hauptziele wie der Vertrag von Lissabon! Kämpfen wir für mehr Demokratie und Transparenz, für mehr Bürgernähe und Mitsprache! Für ein Europa der Rechte und Werte, für moderne und handlungsfähige Institutionen! Europa wartet ... Mit uns auf eine bessere Zukunft.

Katja Senekovic

Liebe Mitschüler/innen!

Liebe EU-Jungwähler und Wählerinnen!

Vom 4. bis zum 7. Juni 2009 werden 27 Länder unseres vielseitigen und faszinierenden Kontinentes zum ersten Mal in ihrer Geschichte gemeinsam die Möglichkeit bekommen einen historischen Meilenstein zu setzen. In Österreich dürfen wir bereits ab 16 wählen, in den anderen europäischen Ländern hingegen erst ab 18. Dadurch gehören wir nicht nur europaweit, sondern auch weltweit zu den ganz wenigen Vorreitern, die bereits so jung ihre Meinung sagen und auch vertreten lassen können. Das ist durchaus keine Selbstverständlichkeit.

Wir wissen, wie es auf dieser Welt zugeht. Wir brauchen nur in eine größere Stadt zu fahren, um armen Menschen zu begegnen, den Fernseher einzuschalten, um ein weiteres Kind hungern zu sehen oder zu erfahren, welche Methoden man erfunden und eingeführt hat, Menschen aufgrund ihrer politischen Einstellung zu quälen und leiden zu lassen. Auch hier kann Europa eine klare Stimme in der Welt sein und helfend eingreifen.

Denkt nur an die schreckliche Situation von Frauen in fernen Ländern, die nicht wahlberechtigt sind, nicht zur Schule gehen dürfen, geschweige denn die Möglichkeit haben, einen Beruf auszuüben. Aber auch auf unserem Kontinent gibt es auf dem Gebiet der Gleichberechtigung viel zu tun.

Lasst uns das Privileg nutzen und unsere Meinung in diesen Wahlen kundtun. Durch diese Wahl haben wir die Möglichkeit, das Europäische Parlament zu stärken, mehr Mitspracherecht zu erhalten und Veränderungen herbeizuführen. Worauf warten wir dann noch?!

Ghilea Karina



„Die Wahlen zum Europäischen Parlament stehen vor der Tür und viele fühlen sich nicht ausreichend informiert, um eine Entscheidung zu treffen“. Ein wenig wünschenswertes, dennoch aber wahrscheinliches Szenario.



Informationen, besonders für junge Leute liefert die Veranstaltungsreihe „Argumente im Kreuzverhör“ von EFB und BEJ/JEF. An verschiedenen Orten in Österreich werden Jugendliche, Politiker und Politikerinnen, Experten und Expertinnen gemeinsam über ihre Vorstellungen von Europa diskutieren. Die Themenbreite erstreckt sich dabei von der Finanzkrise über die Möglichkeiten einer nachhaltigen Energieversorgung bis zur Arbeitsmarktpolitik.



Den Jungen Europäern und Europäerinnen bietet sich im Zuge der Veranstaltungen die Möglichkeit abzustimmen, von welchen Maßnahmen sie sich die besten Effekte erwarten. Bisher haben 8 Kreuzverhöre in Krems, Wörgl, Wien, Mürzzuschlag, Salzburg, Bad Radkersburg und Bregenz stattgefunden.

Die Ausführungen der eingeladenen Referenten und Referentinnen wurden mit großem Interesse aufgenommen. Bei der letzten Veranstaltung in Bregenz nahmen ganz spontan 2 Jugendliche Platz am Podium, um ihre Ideen auf gleicher Ebene vorzubringen. Eine einfache, aber sehr wirkungsvolle Methode, um jungen Menschen die Möglichkeit zum Mitreden zu geben, die auch in Zukunft Bestandteil unserer Veranstaltungen sein soll.



NEUMARKTERHOF

Gasthof - Pension

Familie REIF, 8820 NEUMARKT, Tel. 0 35 84 / 22 87, www.neumarkterhof.at

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Europatag-Gastspiele in Bad Gams, Bad Radkersburg und Unterlamm im Hinblick auf die Wahlen zum Europäischen Parlament am 7. Juni.



Podiumsdiskussion zum Thema „Europa ins uns“ in den Bezirken Judenburg/Knittelfeld und Murau.



GRAZER WECHSELSEITIGE
Versicherung Aktiengesellschaft

Die Versicherung auf *Ihrer* Seite.

Beim Event auf dem Grazer Hauptplatz dabei „Was hat Europa je für uns getan?“ Kritische Darstellung der Gruppe THEma von der HAK Judenburg.

Fest zum Europatag anlässlich 125 Jahre Stadterhebung Feldbach.



 **EHGARTNER**
maler Neumarkt / Pöls G.m.b.H. - FN 80613z

■ Hartberger Europagespräche

Zu den von den vier Schulen des Bundesschulzentrums, vom Kulturreferat der Stadtgemeinde, vom Verein zur Förderung internationaler Begegnungen, dem Bund Europäischer Jugend und vom Europazentrum Graz veranstalteten Europagesprächen wurde am 8. Mai in die Aula des BSZ eingeladen. Die vor mehr als 10 Jahren von **RR Sepp Strausz** ins Leben gerufenen Veranstaltungen finden jeweils um den Europatag statt und werden von **Prof. Hans Trsek** moderiert.



Zum Thema „Europa der Werte. Die drei monotheistischen Weltreligionen im Vergleich“ gab es Statements von Univ. Prof. Mag. Dr. Leopold Neuhold für die Christen, von Abg. zum Wiener Landtag DI Omar al Rawi für den Islam und von Dr. Willi Weiß für die israelitische Kultusgemeinde.

„Der Mensch ist Mittelpunkt. Nicht der Mensch ist Mittel. Punkt“, stellte **UProf. Mag. Dr. Leopold Neuhold** gleich am Beginn seines Statements klar und betonte weiter, dass die gegenwärtige EU vor allen ein sich entwickelndes Projekt auf Werteebene ist, dass Frieden und Menschenrechte abgesichert werden müssen, aber nicht auf eine Religion begrenzt sind. Der aus dem Irak stammende Wiener Abgeordnete **DI Omar al Rawi** bezeichnete Europa als großes Friedensprojekt und den Europatag als Freudentag. Laut Koran ist das Recht auf Glück im Diesseits zu ermöglichen. Sehr wichtig ist dabei die Schaffung der Chancengleichheit in Europa. Er hob lobend hervor, dass EU-Abgeordnete auch unbequeme Themen aufgreifen. Abschließend appellierte er für die Wahlbeteiligung bei der kommenden EU-Wahl, damit „das Abendland nicht in Faschistenhand“ fällt. Daran anschließend stellte der Wiener Wissenschaftler **Dr. Willi Weiß** klar, dass Religion nicht benutzt werden darf, um im Wahlkampf Vorteile für eine bestimmte Partei heraus zu schlagen. Die Vielfalt der Sprachen in Europa sieht er positiv, damit kein kultureller Einheitsbrei in Europa entsteht.

Zum Abschluss eröffnete Vizebürgermeister **LABg. Wolfgang Böhmer** die Ausstellung „60 Jahre Europarat“, die bis 16. Mai in der Aula des Bundesschulzentrums besichtigt werden konnte.

■ Rumänien - Österreich

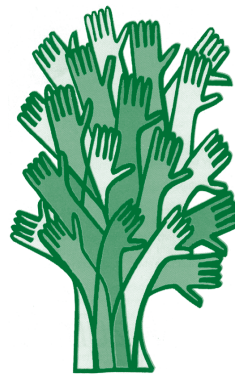
Die rumänische Landwirtschaft seit dem EU-Beitritt - Auswirkungen für Österreich, zu diesem Thema lud die EFB Mag. Andreas Graf Bardeau zu einem Informationsabend in das Europahaus Neumarkt. „Vor 50 Jahren war in der Oststeiermark vieles ähnlich“, erklärt Graf Bardeau, der sich 2001 entschloss nach Rumänien zu gehen. 350 Mitarbeiter bewirtschaften in den Landkreisen Timis, Arad und Caras-Severin, ein Gebiet von 25.000 Hektar im Eigentum, zusätzlich hat er 5000 Hektar vom Staat in Konzession. Dazu nennt er 3.600 Kühe, 15.000 Schafe und 700 Ziegen sein Eigen, weiters ist man noch in der Forstwirtschaft tätig, und zwar gemeinsam mit Partner Esterhazy als „Esterhazy Bardeau Silvicultura“.

Was eine mögliche Bedrohung der europäischen Märkte durch Billignahrungsmittel betrifft, beruhigt der steirische Agrarier. Rumänien ist noch immer ein Importland, insbesondere was Milch- und Fleischprodukte betrifft. Die Produktivität liegt weit unter dem EU-Durchschnitt. Rund 40 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen liegen derzeit brach. Bardeau betonte auch, dass der Beitritt Rumäniens zur EU keineswegs zu früh passiert ist.



V.l.: Max Wratschgo, ÖR Thomas Wirnsberger, Mag. Andreas Graf Bardeau, DI Franz Rodlauer

■ EU-Entwicklungshilfe



Die Entwicklungsländer dürfen nicht die großen Verlierer der aktuellen weltweiten Wirtschaftskrise sein – das war eine der Botschaften des G20-Gipfels in London. Denn sie tragen am wenigsten Schuld am Ausbruch der Krise. Die Europäische Union hat schon jetzt – früher als die anderen Teilnehmer des G20-Gipfels – damit begonnen, die Beschlüsse des Treffens umzusetzen und erhöht nun ihre Entwicklungshilfe.

„Europa hat die Führungsrolle übernommen, die Grundlagen für einen fairen und nachhaltigen Aufschwung für alle zu schaffen“, sagte EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso. „Diejenigen, die am wenigsten für die Krise verantwortlich waren, werden von ihr am meisten getroffen. Aber die Rezession darf nicht als Entschuldigung dafür herhalten, unsere Verpflichtungen zu steigender Entwicklungshilfe zu brechen.“ Auf dem G20-Gipfel in London hatten die Staats- und Regierungschefs der wichtigsten Industriestaaten beschlossen, insgesamt über eine Billion Dollar für die Stabilisierung des Welthandels und zur Unterstützung für in Not geratene Länder bereit zu stellen.

ÖFFENTLICHES MEDIUM
Dieses Medium liest der
»OBSERVER«
ÖSTERREICHS VOLLSTÄNDIGSTER MEDIENBEOBSACHTER
SEIT 1896
Web: www.observer.at Fon: 01 213 22 *0

■ Wir gratulieren

Josef Schantl wird 80

Am 2. Juni feiert der langjährige Landesobmann der EFB Kärnten und Präsident der Europäischen Bewegung Österreich und der Österreichischen Föderation der Europahäuser seinen 80. Geburtstag. Die Europäischen Föderalisten gratulieren sehr herzlich.

Ausgezeichnet

Die Europastadt Feldbach feiert in diesem Jahr 125 Jahre Stadterhebung. In einer Feierstunde wurden zwei große Feldbacher-Europäer für ihre Verdienste um die Stadt Feldbach und weit darüber hinaus von Bürgermeister Kurt Deutschmann ausgezeichnet. Dr. Rudolf Grasmug, neben seiner beruflichen Tätigkeit seit 1972 Jahren Gemeinderat der Stadt Feldbach wurde die Ehrenbürgerschaft und Dir. Max Wratschgo der Ehrenring der Stadt Feldbach verliehen. Wir gratulieren dazu aufrichtig. Gleichzeitig gratulieren wir zum bevorstehenden Geburtstag der Geehrten.



Rudi Grasmug und Max Wratschgo gehören zu den Gründungsmitgliedern des Bundes Europäischer Jugend im Jahre 1955 und arbeiten seit dieser Zeit ohne Unterbrechung ehrenamtlich für die Integration Europas.

■ Wir trauern



Unser Vorarlberger Freund und Europäer **Walter Aberer**, ist am 29. April 2009 völlig unerwartet im Alter von 53 Jahren verstorben. Walter Aberer war ein „Europäer“ durch und durch, bemühte sich sehr um die Aktivitäten der Europa Union Vorarlberg, war lange Jahre Rechnungsprüfer und unterstützte seine Frau Marita in ihrer Funktion als Landesvorsitzende mit großem Einsatz. Zu seinen Steckenpferden zählte das Europahaus Neumarkt, das er mit seiner Familie und zahlreichen Vorarlbergern regelmäßig besuchte. Dass dabei stets seine Hilfe im handwerklichen Bereich, wie auch finanziellen Unterstützungen im Vordergrund stand, war ihm selbstverständlich. Sein soziales Verständnis zeichnete sich auch weit über die Grenzen hinweg aus. Dabei sei die Region Ormansag, im Besonderen aber das Behindertenzentrum Boly im südungarischen Komitat Baranya hervorgehoben. Wir werden dem Walter stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

■ Europa-Wandertag

Über 1000 WanderInnen und RadfahrerInnen waren bei angenehmem Wetter am 37. IVV-Wandertag der Europajugend Gleisdorf unterwegs. Das Team von Sektionsleiter Franz Pieber sorgte für ausgezeichnete Streckenführung rund um Gleisdorf und eine ausgezeichnete Stimmung bei den Kontrollstellen. Die größte Wandergruppe war diesmal der „1. Mödlinger Wanderverein“ vor der Wandergruppen „Wien XXI“, „Rax-Bergen“ und „Wanderverein Fürstenfeld“.



■ Alles Theater

Die Europabühne Gleisdorf in Zusammenarbeit mit dem Theaterland Steiermark und dem Landesverband für außerberufliches Theater ladet vom 24. – 26. Juni 2009 zum „coolsten“ Kindertheaterfestival in Steiermark ins forumKloster in Gleisdorf ein. Kinder von 7 – 11 Jahre können sich 3 Tage lang treffen, um Theater zu spielen, Theater zu erleben, erstmalig Bühnenluft zu schnuppern, andere Theaterkinder kennen zu lernen, in kleinen Workshops noch mehr über Kindertheater zu erfahren und auch dem öffentlichen Publikum ihr Können vorzuzeigen. Info unter: 0664/5337729





www.hypobank.at



Helmut Saurugg
Leiter d. Filiale Feldbach
Tel. 03152/5012-5790

Kommen wir ins Gespräch.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch

... auch unter www.rbneumarkt.at

**Raiffeisenbank
Neumarkt-Scheifling**



**VOLKSBANK
SÜD-OSTSTEIERMARK**

29. 05.-01.06.: (Pfingsten) Minderheitenseminar

Zum Geburtstag
„60 Jahre Europarat“

Freitag, 29.05.09

Abend: Eröffnung mit der **Ausstellung „Kinder malen ihre Heimat“**, Schülerarbeiten aus Rumänien, Ungarn, Polen und Österreich durch Bgm. Reinhardt Racz, Neumarkt

Samstag, 30.05.09

Vormittag: Exkursion nach Gurk mit Besichtigung des Domes und des Museum **„Kulturstätte der Heimat“**, Begrüßung durch Bgm. Siegfried Kampl

Nachmittag: **„Die österreichischen Volksgruppen und der Europarat“**, Dr. Reginald Vospornik, Klagenfurt

„Der Europarat und die Volksgruppenrechte - eine Bilanz nach 60 Jahren“, Dr. Heinz Tichy, Wien

18.00: Hl. Messe im Schlosshof, Musikalische Umrahmung: Kirchenchor St. Marein bei Neumarkt

Sonntag, 31.05.09

Vormittag: **„Irish-Gälisch: Gefährdete Minderheitensprache als 23. Amtssprache der EU“**, Mag. Eva Stadtschreiber, Graz

„Die deutsche Volksgruppe in Slowenien“, Veronika Haring, Obfrau der Vereinigung Deutschsprachiger Frauen „Brücken“, Marburg/Maribor, und VertreterIn der Gottscheer

„Schulunterricht für Volksgruppen am Beispiel Baranya/H und Banater Bergland/RO“

Erwin Tigla, Vorsitzender des Deutschen Demokratischen Forums, Reschitz/Banater Bergland

Anna Petz-Majer, Leiterin der Deutschlehrer-Arbeitsgemeinschaft, Pécsvárad/Baranya

Montag, 01.06.09

Vormittag: **„Die regionale Zusammenarbeit in Euroregion Ipel zwischen Ungarn und Slowakei und die Minderheiten“**, Dr. Alexander Varga, Bratislava/SK

Buchpräsentation Edith Guip-Cobilanschi/Temeswar **„Süßes Heimweh, bitteres Fernweh“** durch Erwin Tigla, Vorsitzender des Deutschen Demokratischen Forums Reschitz



**Präsentation der Ausstellung
„60 Jahre Europarat“**

Eigentümer, Verleger, Herausgeber: Europäische Föderalistische Bewegung/Bund Europäischer Jugend.
Redakteure: Christine Hofmeister, Sabine Radl, Daniel Gerer, Günter Lindner, Karl Menzinger, Max Wratschgo, Wolfgang Wratschgo. Sitz des Verlages: 8330 Feldbach, Jahnweg 5, Tel. 03152/2497, Fax-14, e-mail: office@europajugend.at. Druck: Scharmer GmbH, A-8330 Feldbach, Europastraße 42, www.scharmer.at

Zulassungsnummer: GZ 02Z033230 M

Erscheinungsort 8330 Feldbach, Verlagspostamt 8330 Feldbach, P. b. b.



10.-17.07.: Europäische Jugend-Begegnung

„Ich und Du – wir sind EU“

für Jugendliche von 15–19 Jahren
Themeninhalte: • EU for You • Wer oder was ist die EU, Europa - Unterschiede und Gemeinsamkeiten, Jugendprogramme in Europa • Weitere Bausteine: • Exkursion nach Graz • Kreative Auseinandersetzung in Workshops

17.-19.07.: Europa-Forum Neumarkt

Die Europäische Union in der Vermittlung -Warum kommt die EU in den Medien so schlecht weg?

Freitag, 17.07.2009

„Kommunikationsstrategien der EU“

„Die Europäische Union in den Medien: Sachliche Information oder Bedienung von Vorurteilen?“

„Wie ist das Europabild in den neuen und in den alten Mitgliedsstaaten der EU“

Samstag, 18.07.2009

„Parlamentarismus in der EU als Zukunftshoffnung“

18.00: Festveranstaltung im Schlosshof

„Europapolitische Ziele des Landes Steiermark“

Landeshauptmann Mag. Franz Voves (eingeladen)

Europäische Auszeichnungen und Ehrenbürger-Verleihung

Sonntag, 19.07.2009

„Der Beitrag der Sozialpartner zum europäischen Bewusstsein“, **„Europa - wie geht es weiter?“**

Ende mit Mittagessen

Die Referenten:

- Romain Durllet, Ehrenpräsident des Luxemburger Journalistenverbandes und ehem. Vorsitzender des Luxemburger Presserates
- MR Dr. Ludwig Follner, Bundespressedienst
- Dr. Friedhelm Frischenschlager, Präsident der EFBÖ
- Dr. Richard Kühnel, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission Österreich
- Dr. Christoph Leitl, Präsident der WKO,
- Waltraud Klasnic, Mitglied im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss
- MMag. Christian Mandl, WKO
- Botschafter Dr. Ferdinand Mayrhofer-Grünbühel/Wien,
- Karl Heinz Nachtnebel, ÖGB
- UProf. Dr. Heinrich Neisser, Präsident der Europäischen Bewegung Österreich
- Dr. Otto Schmuck, Leiter der Europaabteilung des Landes Rheinland-Pfalz, Berlin
- Kurt Seinitz, Ressortleiter Außenpolitik, Kronen Zeitung

